

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Verlagspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingabe 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Sanitäts-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfaktorentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluß
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 216

Freitag, 16. September

1921

Gegen das Ueberstundenwesen.

(N.) Im Arbeitsministerium fand eine Konferenz statt, die sich mit dem Arbeitslosigkeit während der Ueberstunden, aber auch mit der Ueberstunden in der vorgeschriebenen Arbeitszeit beschäftigte. Anwesend waren unter Vorsitz des Arbeitsministers Jäger die Beamten der in Frage kommenden Gewerbeaufsichtsstellen, sowie Vertreter der drei Spitzenverbände der sächsischen Gewerkschaften und Vertreter des Textilarbeiterverbandes. Die Beteiligten beschäftigten sich lebhaft mit der Ueberstundenfrage. Viele Unternehmungen liegen bis zu 14 Stunden täglich, obwohl gerade im Berglande Arbeitslosigkeit herrscht in genügender Anzahl vorhanden sein. Außerdem ständen noch zahlreiche Maschinen leer, in Blauen z. B. über 2000, in dem kleinen Eisenwerk über 500, jedoch Ueberstunden nur zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen. In sehr vielen Fällen hielten die Unternehmer nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung für die Ueberstunden ein, ja, manche ließen trotz der Verweigerung dieser Genehmigung Ueberstunden machen.

Die Gewerbeinspektion sah sich wiederholt ebenso wie die Polizeibehörden im Berglande gezwungen, gegen die das Gesetz durchbrechenden Unternehmer mit Strafverfahren vorzugehen; allein die von den Gerichten in solchen Fällen ausgesprochenen Strafen sind, wie die Beschwerdeführer erklärten, so niedrig — 20 bis 40 M. Geldstrafe —, daß sie wie eine Ermunterung der Unternehmer zu Gesetzesübertretungen wirken. Als weiterer Mangel wurde bemerkt, daß auch manche Betriebsräte in dieser Frage verfaßt hätten, weil sie Betriebsgeheimnis an der Stelle von Arbeitslosigkeit gesetzt und den Blick für das Allgemeininteresse der Arbeiter da und dort verloren hätten. In den kleineren Betrieben oder, wo es keine Betriebsräte gebe, seien die Arbeiter völlig schußlos dem Eigenwillen der Unternehmer preisgegeben, dort würde auch das Gesetz gar nicht mehr beachtet.

Nach längeren Beratungen einigte sich die Konferenz dahin, daß der Arbeitsminister sofort eine Verordnung herausgeben möge, wonach künftig die Ueberstunden bewilligten Behörden vor der Entscheidung die Vertreter der zuständigen Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeitsnachweiskomitee zu hören haben. In der Annahme, daß die Gewerbeaufsichtsdirektoren, die Minister Jäger noch am selben Tage herausgegeben hat, heißt es:

1. Bei Bearbeitung der Anträge auf Bewilligung von Ueberstunden in gewerblichen Betrieben ist neben der durch Gesetz vorgeschriebenen Mitwirkung der Betriebsvertretung der Arbeiter künftig in allen Fällen die in Frage kommende lokale Vertretung der Berufsorganisation der Arbeiter gütlich zu hören.

2. Die unter 1. gegebene Anweisung gilt als erfüllt, wenn die Berufsorganisation der Arbeiter durch eine Vertretung bei der Entscheidung der Betriebsvertretung der Arbeiter im einzelnen Falle unmittelbar beteiligt war und die Beteiligung durch persönliche Anwesenheit des Gewerbeaufsichtsbekannt in der in Betracht kommenden Sitzung der Betriebsvertretung oder durch vollgültige protokollierte Niederschrift oder durch schriftliche Erklärung des Vertreters der Berufsorganisation bezeugt ist.

3. Die Äußerung der Berufsorganisation der Arbeiter ist auf das Sorgfältigste zu prüfen und bei der Entscheidung möglichst zu beachten, ebenso wie die laut Verordnung vom 11. 8. 1920 — 853 B/20 — und vom 3. 3. 1921 — 160 B — nach Weisung des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführenden Äußerungen der Arbeitsnachweise oder Gewerkschafts-Verbandsorgane, auf deren Mitwirkung auch bei Ausnahmefällen nicht zu verzichten ist, die von den Gewerbeaufsichtsdirektoren ermittelt werden. Ueberstunden sind nur in den äußersten Fällen zu bewilligen oder gutzuheißen. Dem insoweit Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch sehr zahlreiche Unternehmer besonders in der vorgeschriebenen Spitzenindustrie betreffend der Arbeitszeit herbeizuführenden ungünstigen Zustand ist mit Schärfe entgegenzutreten. In allen zur Kenntnis-

Die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Noch keine Antwort des Obersten Rates.

Berlin, 15. September. Nach der letzten Mitteilung des Obersten Rates vom 14. September war die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen für den 15. September 1921 ins Auge gefaßt, wenn bis zum 31. August die fällige Goldmilliarde bezahlt sei, und wenn die deutsche Regierung die Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermittlung von Diskriminationen bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrerlaubnissen für das besetzte Gebiet erteilt hätte. Die deutsche Regierung hat die völlige Zahlung geleistet und ihre grundsätzliche Einwilligung zur Schaffung eines internationalen Organs zur Vermittlung von Diskriminationen in ihrer Note vom 24. v. M. ausgesprochen. Eine Antwort ist ihr bisher darauf nicht erteilt worden. Die schweren Folgen, die das Wirtschaftsleben nicht nur des besetzten Gebietes, sondern ganz Deutschlands durch das Fehlen der von den Verbänden durch ihre Ankündigung erwarteten Hoffnungen erleidet, können nicht der deutschen Regierung zur Last gelegt werden, sondern müssen von den verbündeten Regierungen beantwortet werden.

Neue deutsch-französische Verhandlungen.

Frankfurt, 15. September. Der Pariser „Antirassengant“ befähigt die Meldung eines Berliner Blattes, wonach binnen kurzem mit einer neuen Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau in Wiesbaden zu rechnen sei. Die Besprechungen sollen dem Abschluß des vierten Nebenabkommens über die wirtschaftlichen Reklamationen für die Industrie, Viehlieferungen, Kohlenlieferungen und das Eisenbahn-

der Gewerbeaufsicht kommenden Fällen von Gesetzesübertretung durch die Unternehmer ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten. Der Wunsch nach energischer und schneller Verfolgung der Angelegenheit ist dabei zum Ausdruck zu bringen.

4. In der Eisen- und Spigenindustrie muß bei solchen Betrieben, die noch nicht alle Maschinen in Gang gesetzt haben, ein besonderer strenger Maßstab angelegt werden. Hier wird eine Bewilligung von Ueberstunden nur ausnahmsweise und nur dann in Frage kommen, wenn nachgewiesen ist, daß besondere Umstände vorliegen, welche die Zugschneidung weiterer Maschinen unmöglich machen. Die Umstellung der alten Eisen- und die Anfertigung von Maschinen für die Eisenbahn ist auch von der Gewerbeaufsicht zu fördern.

Bayern und Reich.

Berlin, 15. September. Die „München-Kugler Zeitung“ will aus Berlin von, wie sie sagt, ganz zuverlässiger Seite erfahren haben, die preussische Regierung habe durch den Ministerpräsidenten Siegel mit der bayerischen Regierung und dem bayerischen Landtage formulierte Forderung auf Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. v. M. aufs wärmste unterstützt, jedoch Preußen und Bayern in dieser Frage eine Einheitsfront bildeten. Aus parlamentarischen Kreisen wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt: Obwohl die Lage in München noch ungeklärt ist, wird die für Donnerstag vormittag anberaumte Sitzung des Überwachungs-ausschusses des Reichstages, die sich mit Bayern zu befassen hat, nicht verlagert werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie nur von kurzer Dauer sein wird.

Die bayerische Regierungskrise.

München, 14. September. Der fällige Ausschluß des Landtages trat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Präsident Königsbauer gab vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Reichspräsidenten v. Rahr bekannt, worin dieser vom Rücktritt des Gesamtministeriums Mitteilung macht. Der Präsident sagte hinzu, er

material dienen, aber die man sich das letzte Mal nicht zu einigen vermochte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das Abkommen bereits zum 1. Oktober perfekt werden könne. Dies hänge in erster Linie von der Reparationskommission ab, deren Meinung vor der endgültigen Ratifizierung gehört werden müsse.

Ein neuer Aufstand in Oberschlesien?

Breslau, 14. September. Das „Mittags-Blatt“ bringt eine Meldung aus Katowitz über Aufstände und Regimentsbesuche vom 29. v. M., aus denen hervorgeht, daß von polnischer Seite ein neuer Aufstand vorbereitet wird. Die Befehle sind von Major Palczki unterzeichnet.

Die irische Frage.

London, 14. September. Heute melbet aus Dublin, daß die Polizei, daß die Polizei nicht zu den Bevollmächtigten des Dail Eirean bei den Verhandlungen mit der britischen Regierung gehört, sondern die Ansicht des Premierministers über verschiedene Fragen eingeholt, bevor die Antwort der Sinnfeiner in ihrer endgültigen Gestalt entworfen wurde. In Belfast geht das Gerücht, daß die Freilassung aller gefangenen Sinnfeiner zur Bedingung für die Annahme des Konferenzvorschlages gemacht würde.

London, 14. September. Amlich wird aus Dublin gemeldet: Der Dail Eirean hat heute die Antwort an Lloyd George und die Ernennung von fünf Delegierten einstimmig gebilligt.

London, 14. September. Wie die Blätter aus Dublin melden, haben die irischen Kurier Lloyd George keinerlei schriftliche Vorlast überbracht, sondern die Ansicht des Premierministers über verschiedene Fragen eingeholt, bevor die Antwort der Sinnfeiner in ihrer endgültigen Gestalt entworfen wurde. In Belfast geht das Gerücht, daß die Freilassung aller gefangenen Sinnfeiner zur Bedingung für die Annahme des Konferenzvorschlages gemacht würde.

habe auf Donnerstag nachmittag eine Sitzung des Ministerrates einberufen, der sich mit der Frage beschäftigen werde, wann die nächste Vollversammlung stattfinden solle, um die Wahl des Ministerpräsidenten und die Bestellung eines neuen Ministeriums vorzunehmen. Nach kurzer Aussprache trat der Ausschluß in die Tagesordnung ein und beschäftigte sich mit den Vorgängen in München, Nürnberg und Koblenz. Wie die Blätter aus München melden, hat die Bayerische Volkspartei gestern zwei Fraktionssitzungen abgehalten, von denen die zweite noch in den Abendstunden anberaumt wurde. Nach dem Ergebnis der Beratungen kann schon jetzt mit Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß die Bayerische Volkspartei an Dr. v. Rahr nicht mehr mit dem Ersuchen heranträte, auf seinem Posten zu bleiben. Da auch die Demokraten sich an einem neuen Kabinett Rahr nicht beteiligen werden, ist schon heute mit Sicherheit zu sagen, daß eine Rückkehr v. Rahr nicht zu erwarten ist.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 15. September. Die Agentur Havas meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung hat den zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Mächten eine Liste der Gegenstände überlassen, deren Besprechung sie vorschlägt. Diese Liste sei nur provisorisch und dazu bestimmt, als Grundlage für ein Abkommen über das Programm der Konferenz zu dienen. Man erwartet nicht sofort eine Antwort. Es wird eine gewisse Zeit nötig sein, um die Liste zu prüfen und bezüglich der möglichen Einwendungen in einen Meinungs-austausch einzutreten.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Paris, 15. September. Nach dem „Petit Parisien“ müssen die sensationellen Nachrichten aus Konstantinopel mit aller Vorsicht aufgenommen werden. Nach Mitteilung aus guter Quelle handelt es sich um beliebig vergrößerte Gerüchte, wie das wohl im Orient vorkomme. Die Sache sei weit entfernt, einen dramatischen Charakter zu haben, von dem die Gerüchte sprechen. Die Sicherheit der verbündeten Truppen sei in keiner Weise bedroht.

Die Wettkonzerne.

Der Wettkonzernegründer und ehemalige Winkelphotograph Ray Klante steht jetzt vor dem Untersuchungsrichter. Das schwindelhafte Unternehmen, mit dem er viele Tausende um ihre Spargroschen brachte, ist zusammengebrochen, und der schlechte Eindruck, den dieser Bankrott macht, wird nur verstärkt dadurch, daß Klante die Ausrede getraut, der Staat mit seinen hohen Steuern habe ihn zugrunde gerichtet. Daß bei einem Neuanfang von Eingehungen und Disenden hohe Steuern fällig werden, mußte Klante in Rechnung ziehen. Um so weniger große Versprechungen hätte er seinen Einlegern machen dürfen. Aber er versprach viel mehr, als er halten konnte, damit ihm immer neue Beute ihre Spargroschen anvertrauen sollten. Nun sind 60 000 Personen durch ihn schwer geschädigt, zum Teil wirtschaftlich zugrunde gerichtet worden. Denn es war meist ihr einziger Spargroschen, ihr letztes Geld oder gar eine anvertraute Summe, die sie bei Klante anlegten. 60 000 Menschen, die aus dem Elend der wachsenden Teuerung herauskommen wollten, saßen zurück in den Grund des schweren Kampfes ums Dasein. Und das Verwürfliche an dem Schicksal des Schwindlers Klante ist, daß er von vielen bedauert, ja gefeiert wird; sie glauben noch an ihn und sammeln eine Ration für seine Freilassung. Wenn diese verzweifelte Entscheidung sich noch nur die Nähe machen wollten, den Bericht über den ersten Wettkonzerne-Prozess, der schon vor der Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts I zur Verhandlung kam, aufmerksam und mit Selbsterkenntnis durchzulesen. Vier Angeklagte, Wettkonzerneleiter Weste und seine Zuträger wurden zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Sie hatten den Einlegern 100 Proz., späterhin 150 Proz. „zugepfiffen“. Ihre Bücher waren, wie ein Sachverständiger nachwies, ordnungsmäßig geführt. Aber das sei bei sieben anderen verachteten Sportbanken auch der Fall gewesen. Nur wenn man die Herren Sportbankiers frage, wo und wie sie denn die ihnen anvertrauten Gelder angelegt hätten, lautete jedesmal die diplomatische Antwort: Wir haben damit gewettet, und die Buchmacher nennt man nicht. Aber hier liegt die ganze Tragwürdigkeit dieser Unternehmungen. Wenn die Unternehmer noch so viel gewettet haben, sie konnten auf die Dauer unmöglich die Einnahmen schaffen, um dauernd die phantastischen Zinsen auszusuchen. Sie mußten die Zinsen von den neuen Einlegern nehmen. Sie mußten wissen, daß dieses Verfahren schwindelhafte und betrügerisch war. Die jetzt nacheinander in einem förmlichen Gansemarkt vor den Richter tretenden Angeklagten werden wahrscheinlich immer wieder geltend machen, daß ihnen die geringfügigen Leute das Geld freiwillig ins Haus gebracht, ihnen förmlich aufgedrängt hätten. Die Spielbank der Einleger sei das treibende Moment gewesen. Aber gerade diese Tatsache spricht laut gegen die gewöhnlichen Bankgründer und schließt mißbräuchliche Umstände aus. Der Gerichtsvorsitzende des genannten ersten Strafprozesses drückte diesen Gedanken in der Urteilsbegründung deutlich aus, indem er sagte: Es handelt sich um ein gefährliches Vorgehen gegenüber einem Volk, das finanziell bereits am Rande des Abgrundes steht! Der Massenauflauf bei den Sportkonzerne, Wettbanketten, Turfbanken und wie diese Geldfresser alle heißen, läßt sich nicht oberflächlich mit dem zu allen Zeiten vorhandenen leichtsinnigen Trieb nach mühelosem Gewinn erklären. Es handelt sich um etwas viel Ernsteres und Tragischeres. Der Erfolg der Klante und Genossen hat dieselbe Ursache wie die derzeit überhitzte Börsenspekulation und den Drang zu möglichen Unternehmungen aller Art. Die Ursache liegt in der Unmöglichkeit für zahllose Existenzen, sich auf anständige Art durch Arbeit und Einkommen weiterzubringen oder überhaupt nur durchzubringen. Die Geldverwertung hat den Taler zum Pfennig gemacht, hat die erarbeiteten Vermögen aufgehoben, und den verzweifelt Verlierern in dieser Wirtschaftskrise erscheint das Glücksspiel und die Wettbank als der letzte Ausweg, um sich über Wasser zu halten. Es liegt, wie ebenfalls vor dem Strafgericht, nämlich von Seiten des Staatsanwaltes

betont wurde, eine Volkstrankheit vor. Die heutige Volkstrankheit, die Weltentwertung, haben sich die gewissenlosen Unternehmer zu nütze gemacht, um unverschämte und unerschöpfliche Menschen zu Tausenden ins Unglück zu stürzen. Daß dem frevelhaften Treiben nun durch Eingreifen der Gerichte ein Ende gemacht wird, ist nur zu begrüßen.

Der Valutakurz.

London, 14. September. Die „Daily Mail“ berichtet, prüft die Münzkommission sorgfältig die Markfrage. Der Sturz des Mark sei darnach nicht das Ergebnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen, sondern der Unmöglichkeit, in Deutschland der Inflation Einhalt zu tun, die eine große Krankheit des europäischen Europas geworden sei. Die Folge sei, daß Deutschlands Märkte sich mehr und mehr für englische Artikel schlossen. Die britischen industriellen Verbände trugen sich ernsthaft mit der Aussicht, eine Politik zu treiben, die das englische Pfund auf eine Linie zurückbringe, die den Handel mit dem Ausland wieder aufzunehmen gestatte. „Daily Mail“ glaubt, daß eine solche Politik trotz alledem Aussicht habe, angenommen zu werden.

Einfreisverbot für Oberschlesien.

Kattowitz, 14. September. Die Internationale Kommission hat ein Einfreisverbot für Personen erlassen, die außerhalb Oberschlesiens wohnen. Auch die Ausreisefreiheit wird nur im Ausnahmefall erteilt. Einfreisverträge reichsdeutscher Vertreter größerer Tageszeitungen wurden abschlägig beschieden wegen angeblich unwahrer Erklärungen aus Oberschlesien.

Reaktionäre Umtriebe in Oberschlesien?

Berlin, 14. September. Laut „D. Z.“ am Montag ist es in Schlesien in den letzten Tagen gelungen, einigen geheimen Nachrichtenbüros zentraler radikaler reaktionärer Kreise auf die Spur zu kommen. Rumorte sei es auch geglückt, einen der Leiter einer solchen Organisation in Neudielau festzunehmen. Es sei dies der bekannte antisemitische Privatdozent Arnold Ruge aus Heidelberg, der fälschlich auf dem Namen eines Geheimrats Berger kassiert habe. Auch weitere Mitglieder seien verhaftet worden.

Die Steuererlasse.

Berlin, 15. September. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat wird die Generaldiskussion über die Steuererlasse und den Antrag Wiffel fortgesetzt. Dr. v. Siemens (Industrievertreter) wendet sich gegen die geführte Hauptthese Wiffels, daß die Industrie aus selbständigen Gründen die Erfüllung des Ultimatum erschwere und durch Umstellung sehr wohl befähigt wäre, die Anforderungen zu erfüllen. Vom grünen Tisch aus lasse sich eine Umstellung nicht durchführen, am allerwenigsten zwangsweise. Das Schlagwort der Geldwerte habe schon viel Unheil angerichtet, denn jeder gebe ihm seine Auslegung. Wenn der Staat die Euthanasie einziehe, so könne er wohl die Schuld ablassen, nicht aber ihre Verjüngung. Befehle sei es auf der Grundlage der Euthanasie einen Kredit, so wäre das auch nur eine vorübergehende Erleichterung. Er bestreite, daß die Industrie Devisen zurückgehalten habe und wende sich gegen die Behauptung Hüfingers, daß die Wirtschaft die Schuld am Rückgang

der Steuern trage. Schriftleiter Heller (Kommunist) meint: Das Ausland ist schon heute in der Lage, und völlig anzuweisen und zu belohnen zu machen. Unsere Produktion ist allerdings im Aufstadium, aber Mittelstand und Beamtenchaft befinden sich in Not. Die geistigen Arbeiter gehen unter, weil sie der Weltentwertung keinen Widerstand bieten können. Nur durch den Eingriff in die Substanz kann der fortgeschrittenen Verminderung unserer Nationalvermögen entgegengetreten werden. Fabrikant Bögele-Mannheim (berufener Vertreter) fordert von der Regierung genaue Klärung über die Reparationsverpflichtungen; im Hinblick auf das Sinken der Valuta, auf die Teuerung beim Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten, auf das Steigen der Auslandszölle und auf die verminderte Kaufkraft des Inlandes werde ein Eingriff in die Substanz zu einer großen Entlastung führen. Wiffel lasse sich der Versuch machen, die Vermögenswerte der Sachwerte mit einer erhöhten Steuer zu belegen und diesen Betrag für Kreditbeschaffung im voraus zu eskontieren. H. Habermann (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) will sich mit dem Antrag Wiffel nach der gestern erhaltenen Auslegung einverstanden erklären. Ingenieur Dohl (Freie Berufe) befürwortet, daß der Gedanke Wiffels von der Gemeinschaft zu einem reinen Staatsbetriebe führen werde. Die Regierung predige den anderen immer Spararbeit, ohne sie selbst zu üben. Direktor Wulff (Große Berliner Straßenbahn) hält den von der Regierung mit den neuen Steuern beschrittenen Weg nicht für gangbar. Man stelle die Gesamtsteuer auf Umsatz und Einkommen. Sonst habe man nichts weiter. Wie ein Mann, der im Konturs Rehe, müsse die Regierung einen Zwangsvergleich mit dem Ausland anstreben. Wenn die Substanz bereits angegriffen sei, sei ein solcher Vergleich nicht mehr zu haben. Nachdem noch Albrecht (Landarbeitervertreter) darauf verwiesen hat, daß eine Belastung der Sachwerte noch keine Konstellation bedeute, schließt die Generaldebatte. Der Antrag Wiffel wird an den Reparationsausschuß verwiesen. Der Antrag Max Cohen (Freie Berufe), eine internationale Vereinbarung anzustreben zur Feststellung der im Ausland befindlichen Vermögenswerte, wird angenommen, ebenso ein Antrag Schmeißer (technischer Angestellter der Industrie) über den Ausbau der Außenhandelsstatistik und ein Antrag Götner, der die Arbeitszeit im Stein- und Bergbau allgemein gesetzlich regelt. Nach Annahme einer Reihe weiterer Ausschüsse beschließt über eine Reform der Arbeitslosenunterstützung und Änderung des Gesetzes über die Wochenhilfe im Einklang mit den entsprechenden Beschlüssen des Reichstages vertagt sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Der deutsche Juristentag.

Bamberg, 14. September. Die öffentliche rechtliche Abteilung des Deutschen Juristentages beschäftigte sich heute mit der Frage der Sanktionen. Nach Vorträgen von Prof. Dr. Meurer-Witzburg und des österreichischen Justizministers a. D. Dr. Klein wurde folgende Entschließung angenommen: Der deutsche Juristentag spricht als seine einstimmige Überzeugung aus, daß die sogenannten Sanktionen widerrechtliche Gewaltmaßnahmen sind. Er verurteilt den Verfall der Vertrag und das Völkerverbot.

Die thüringischen Landtagswahlen.

Weimar, 14. September. Nach dem endgültigen Wahlergebnis erhielten bei der Thüringer Landtagswahl die Sozialdemokraten 18 Sitze und 546 Stimmen, die Unabhängigen 9 Sitze und 281 Stimmen, die Kommunisten 4 Sitze und 441 Stimmen, die Bauernpartei 4 Sitze und 289 Stimmen, der Landbund 10 Sitze und 753 Stimmen, das Zentrum keinen Sitz und 784 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 9 Sitze und 1196 Stimmen, die Wirtschaftspartei keinen Sitz und 4126 Stimmen, Demokraten 3 Sitze und 1674 Stimmen.

Die Verhaftungen zur Ermordung Erzbergers. Berlin, 14. September. An die Meldung von der Verhaftung einer Anzahl Personen, die angeblich in Beziehungen zur Ermordung Erzbergers stehen, wird in der Öffentlichkeit die Behauptung geknüpft, es befänden sich aktive Offiziere der Marine darunter. Das Reichswehrministerium teilt mit, daß keine der verhafteten Personen sich im aktiven Dienst der Reichsmarine befindet. Sollten einzelne von ihnen tatsächlich früher der Marine angehört haben, so sind sie jedenfalls seit längerer Zeit bereits aus dem aktiven Dienste ausgeschieden.

Die Verhaftungen zur Ermordung Erzbergers.

Potsdam, 14. September. Im Bureau des von den Selbstschuttsorganisationen her bekannten Justizsekretärs Oppermann erschien gestern Abend ein Mann, der Unternehmung und Respekt erbot. Er befand sich auf der Flucht, sei der Leutnant Kurt Hüller und der Mörder Erzberger. Oppermann benachrichtigte die Polizei. Der Fremde ließ sich ruhig festnehmen. Seine Personalbeschreibung deckt sich ansehnend mit dem Signalement eines der Mörder.

Berlin, 14. September. Über das Verbleiben von Schulz und Tiffen wird berichtet: Beide seien ein Jahr lang, vom Mai 1920 bis Mai 1921, von der großen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg zur Erleuchtung eines neuen Berufes als bezahlte Kolonisten angenommen worden. Dr. Heim, der Generaldirektor der Regensburger Genossenschaft, erklärte, daß im Verleibe der Regensburger Zentralgenossenschaft u. a. doppelt solches Schwerbeschädigte beschäftigt würden, als es das Gesetz verlange, und zwar ohne Ansehen der Konfession und der Partei. Schulz und Tiffen haben dort völlig zurückgezogen gelebt und werden als bescheiden und zurückhaltend geschildert. Heinrich Schulz ist der Sohn eines verstorbenen Arztes. Er hat in einer Maschinenfabrik in Saalfeld gelernt, ist 1914 als Kriegsfreiwilliger eingetreten, wurde zweimal verwundet, am 11. Januar 1918 zum Reserveoffizier befördert, war u. a. Kompanieführer und Bataillonsadjutant, trat im September 1918 in den Berufsurlaub und war kaufmännisch tätig, bis er sich Ende April 1919 bei der zweiten Marinebrigade meldete. Bei dieser hat er an den Kämpfen in Bayern und Oberschlesien teilgenommen. Tiffen ist der Sohn des verstorbenen Generalleutnants a. D. Tiffen. Er wurde 1912 Seeladent und hat während des Krieges als Oberleutnant auf verschiedenen Kriegsschiffen und bei der 2. Torpedobootflotte Dienst getan. Vom November 1918 bis Januar 1919 war er in Scapa Flow interniert, von Juli 1919 bis Januar 1920 in englischer Kriegsgefangenschaft und von März 1920 ab bei der 2. Marinebrigade.

Nachdem, 14. September. Bis Mittwochabend sind in der Nordische Erzberger im ganzen zehn Personen verhaftet worden, und zwar neun in München und einer auf der Fahrt von Augsburg nach München. Gegen alle ist Haftbefehl erlassen worden. Die Festgenommenen werden

nächst nach Offenbach gebracht und dort dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Die Mitteilung, daß von außerordentlicher Polizei bei Dr. Heim eine Hausdurchsuchung abgehalten worden sei, um ihn in diese Angelegenheit hineinzuziehen, ist nach einer Mitteilung der bayerischen Generalstaatsanwaltschaft völlig aus der Luft gegriffen. Die Hausdurchsuchung galt nicht Dr. Heim, sondern Schulz und Tiffen, die bei ihm in Regensburg hielten. Heute Abend traf bei der Generalstaatsanwaltschaft ein Schreiben aus Italien ein, das in italienischer Sprache die kurze Mitteilung enthielt: Italien und in Mailand auf. Der Brief trägt keine Unterschrift. Es muß erst untersucht werden, ob es sich um eine Deklaration handelt.

Die Verhaftungen zur Ermordung Erzbergers.

Berlin, 14. September. Durch Vernehmung des Reichsministers des Innern ist die in Berlin erscheinende „Völkische Wache“ vom 15. bis 17. September und das in Gotha erscheinende „Völkische Blatt“ vom 15. bis 22. September auf Grund der Vernehmung des Reichspräsidenten vom 29. August verboten worden.

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß. Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar heraus. Der Aufstand brach dann tatsächlich los. Der mitteldeutsche Aufstand war ein richtiger kommunistischer Aufstand. Der Zeuge ist bereit, unter seinem Eide zu behaupten, daß die Rote Armee zur Zeit des Aufstandes in Mitteldeutschland war. (Hört! hört!) Aufstand, unterhielt den Aufstand. Staatskommissar Reichmann bezeugt weiter, daß nicht die geringste Gefahr einer Reichsputsch in Deutschland bestand. Die Geschichte von der Wagdeburger Spielzentrale war eine fälschliche Überlieferung. Solche Nachrichten habe er seit dem Kapp-Putsch 78 ausgehört. Vorbereitungen eines Reichsputschs seien solche Stellen nicht. Diese Gefahr liege ganz anderswo. Sie sei ja in letzter Zeit abgemildert worden und werde durch die Entdeckung der Mörder Erzbergers noch viel mehr zum Vorschein kommen. Die Gefangenenliste, die er schon lange vermutete und der Reichsregierung mitteilte, habe sich als richtig erwiesen. Solange Gegner der Verfassung bestünden, seien der Staatskommissar und seine Bediensteten nötig. Aber er habe keine Nachtbefugnis (Hört! hört!). Die Polizeikolonien seien von den kommunistischen Führern benutzt worden, einen gewalttätigen Aufstand zu inszenieren und die anderen Provinzen mitzuführen. Der Zeuge glaubt an das Vorhanden

Die mitteldeutschen Unruhen vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. September. Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm heute den Staatskommissar Reichmann. Der Zeuge war Gegner der Polizeikolonien in Mitteldeutschland, weil sie den kommunistischen Aufstand hervorgerufen hätten. Die Rote Armee habe höchstens auf dem Papier. Es befänden aber Kampfsorganisationen. Am Gründonnerstag fand eine Gefangenschaft in der Reichsangelegenheit statt. Minister Severing begründete dort die Polizeikolonien und gesteuerte die Gedanken. Der Entwaffnungskommissar Peters schloß sich dem an. Der Zeuge widersprach jedoch. Peters erklärte, die Rote Armee habe er mit einem Kriminalkommissar

6. Juni 1921 verlautbarten Betriebsrätungsverme

